

Burkerts Blick.



Kommentar des LBBW-Chefvolkswirts

Weckruf für Europa aus Italien.

Politisches Chaos erweckt alte Geister.

Gerade einmal ein Jahr ist es her, dass die Wahl des europhilen Senkrechtstarters Emmanuel Macron zum Präsidenten Frankreichs für Aufbruchsstimmung in Europa gesorgt hat. Ein drohender Erfolg der Europa-Gegnerin Marin Le Pen war abgewendet, mithin schien das Gespenst eines Zerbrechens der Währungsunion vertrieben. Der politische Scherbenhaufen, vor dem Italien angesichts des Dramas um die Regierungsbildung steht, verschafft den alten Geistern jedoch ein noch vor Kurzem unerwartetes Comeback.



Uwe Burkert

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

 [LBBW_Research](#)



Populisten-Allianz vor dem Antritt.

Das zwischenzeitliche Veto von Staatspräsident Mattarella gegen die Regierungsmannschaft von 5-Sterne-Bewegung und Lega hat zwar verhindert, dass der wichtige Finanzministerposten mit einem Europa-Gegner besetzt wird. Unverändert steht jedoch zu befürchten, dass die vor dem Antritt stehende Koalition der Populisten das hochverschuldete Land mit einer unsoliden Finanzpolitik noch tiefer in die Schuldenmisere und auf Konfrontationskurs mit der EU bringt.

Angst vor neuer
Euro-Krise lässt die
Märkte zittern.

Neue Regierung auf
Konfrontationskurs
mit Europa?



Der erhobene Zeigefinger hilft nicht.

Das inhaltlich richtige Eingreifen Mattarellas zum Schutz der Reputation Italiens in Europa könnte sich dabei überdies als Boomerang gegen das politische Establishment wenden. Um es klar zu sagen: Die Mahnungen aus Europas Hauptstädten an Italiens Politiker, die gemeinsamen europäischen Regeln zu achten und das kostbare Vertrauen der Anleger nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, halte ich in der Sache für absolut gerechtfertigt. Dennoch nutzt der erhobene Zeigefinger aus Brüssel, Paris oder Berlin letztlich vor allem den Europa-Skeptikern, die sich bereits in der Rolle des Opfers einer Verschwörung feindlicher Mächte gefallen.

Euro-Reformen: Jetzt erst recht!

Ebenso gefährlich wäre es, auf die ungenierten Erpressungsversuche einiger italienischer Politiker einzugehen, nach dem Motto: Geld her, oder wir sprengen den Euro in die Luft! Dies würde das Euro-Vertrauen der Bürger in den nordeuropäischen Staaten ernsthaft beschädigen und dort populistischen Kräften zusätzlichen Auftrieb verleihen.

Ich denke, die Zuspitzung der politischen Lage in Italien sollte vielmehr zum Anlass genommen werden, um den von Emmanuel Macron initiierten Reformprozess für Europa konsequent voranzutreiben, statt sich in der eigenen Position einzuigeln. Auch wenn Macrons Vorschläge nicht Eins-zu-Eins umsetzbar sind, sollte nicht zuletzt die deutsche Bundesregierung ihre bisherige Zurückhaltung ein Stück weit hinter sich lassen. Der kommende EU-Gipfel Ende Juni bietet eine gute Gelegenheit, den Bürgern ein kraftvolles Zeichen pro Europa zu senden.

Disclaimer: Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt. Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen. **Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.** Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar. Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern..

Kritik aus Berlin
oder Brüssel hilft
vor allem den Po-
pulisten.

Macrons ausge-
streckte Hand jetzt
endlich ergreifen!
